

2007/4

Demokratische GATS-Verhandlungen

(G3.06.)

(Postulat von Rosmarie Joss und 7 Mitunterzeichnenden)

Rosmarie Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 7 Mitunterzeichnende haben am 18. Januar 2007 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er beim Bund in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden Einfluss nehmen kann, dass die demokratische Kontrolle und Mitsprache durch die Kantone und Gemeinden bei allen von den GATS-Verhandlungen betroffenen Bereichen gewährleistet wird, dass sämtliche Verhandlungspunkte offen gelegt werden und dass sich der Bund für einen Ausschluss der öffentlichen Dienste aus dem WTO-Verhandlungen einsetzt.

Des Weiteren soll die Stadt Dietikon im Sinne eines Signals zur "GATS-freien Zone" erklärt werden.

Mit der Erklärung zur GATS-freien Gemeinde werden folgende Forderungen verbunden:

- keine Ausweitungen des GATS, welche die Kantons- und Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der Basisdienstleistungen untergraben,*
- ein Moratorium für weitere GATS-Verhandlungen, bis dessen Folgen besser abschätzbar sind,*
- die Offenlegung der Verhandlungspunkte,*
- die Lancierung einer breit abgestützten Debatte über das GATS.*

Begründung:

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services [GATS]) ist eine der wichtigsten Vereinbarungen, die gegenwärtig in der Welthandelsorganisation (WTO) neu verhandelt werden. Das GATS schafft die Grundlage für eine permanente Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs. Alle Basisdienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle freien Zugang haben müssen, sind vom GATS betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Luft, Wasser, Transporte, Öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege usw.

Das GATS gilt vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden; es ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. Kantone und Gemeinden sind also direkt betroffen. Das GATS stellt das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem es namentlich die Möglichkeit der lokalen Behörde einschränkt, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der "Inländerbehandlung") macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich. Die Auswirkungen auf Dietikon können sehr konkret werden. Beispielsweise wäre es möglich, dass wegen Zugeständnissen im Bereich der Wasserversorgung Dietikon gezwungen werden könnte diese zu pri-

vatisieren. Ein ähnliches Schicksal könnte dem KVA, der ARA oder sogar dem Limmattalspital drohen. Gutfunktionierende, eingespielte, effiziente, kostengünstige und über Jahre erprobte Systeme mit denen Dietikon bis anhin eine gute Versorgung der Bevölkerung gewährleisten konnte, wären plötzlich bedroht. Das GATS kann dementsprechend den Handlungsspielraum von Dietikon und den anderen Schweizer Gemeinden empfindlich einschränken, ohne dass diese bei dem Entscheid ein Mitspracherecht gehabt hätten.

Gravierend ist auch das den WTO-Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird demokratischer Meinungsbildungsprozess unterbunden. Dies entspricht nicht unserer demokratischen Praxis und muss deshalb grundsätzlich hinterfragt werden.

Damit das Ansinnen von Dietikon Wirkung zeigen kann, ist es aber notwendig, dass Dietikon gemeinsam mit anderen besorgten Gemeinden beim Bund sich Gehör verschafft. Denn es ist für die Gemeinden von entscheidender Bedeutung, dass sie genügend Möglichkeiten zu Mitsprache und zur Abschätzung der Konsequenzen der GATS-Verhandlungen haben."

Mitunterzeichnende:

- | | |
|-------------------|-----------------|
| - Samuel Spahn | - Esther Tonini |
| - Elsbeth Preisig | - René Stucki |
| - Anita Marchetto | - Peter Wettler |
| - Rolf Steiner | |

Beschluss des Gemeinderates vom 8. Februar 2007.

Das Postulat wird nicht überwiesen.

Dietikon, 8. Februar 2007 dd
0208Gats.doc

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Präsident: Der Sekretär:

Rochus Burtscher

Guido Solari